



BUNDESVERBAND DES DEUTSCHEN  
GETRÄNDEFACHGROSSHANDELS E.V.



**BV GFGH INFORMIERT**

Bundesverband des Deutschen  
Geträndefachgroßhandels e.V.  
Monschauer Straße 7  
40549 Düsseldorf

Tel.: +49 211 683938  
Fax: +49 211 683602  
info@bv-gfgh.de  
www.bv-gfgh.de

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Mehrwertsteuer-Erhöhung ist falsches Signal**

**Bundesverband des Deutschen Geträndefachgroßhandels e. V. (BV GFGH) kritisiert geplante Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und warnt vor weitreichenden Auswirkungen auf verwandte Branchen**

**Düsseldorf, 13.09.2023** | Der Bundesverband des Deutschen Geträndefachgroßhandels (BV GFGH) äußert ernsthafte Bedenken hinsichtlich der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie, die von der Bundesregierung zum 1. Januar 2024 geplant ist. Diese Maßnahme, die den bisher reduzierten Mehrwertsteuersatz wieder von 7 auf 19 Prozent erhöhen soll, könnte nicht nur die Gastronomiebranche schwer treffen, sondern auch erhebliche Auswirkungen auf verwandte Branchen haben.

Die Gastronomie in Deutschland hat in den vergangenen Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Turbulenzen – unter anderem durch die Corona-Pandemie und aktuell hohe Inflation – bereits erhebliche Herausforderungen bewältigen müssen. Eine der Maßnahmen zur Unterstützung dieser Branche war die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent für Speisen. Diese Reduzierung trug dazu bei, die wirtschaftliche Belastung der Gastronomen zu mildern und den Verbrauchern akzeptable Preisgestaltungen für das gastronomische Angebot zu bieten. Auch der Getränkebranche hat die Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes geholfen – trotzdem die 19 Prozent Mehrwertsteuer für Getränke blieben. „Für den Geträndefachgroßhandel sind die Gastronomen ein wesentlicher Handelspartner. Schwächelt die Gastro, schwächelt auch unsere Branche – wir sind eng miteinander verzahnt. Wir halten die Erhöhung der Mehrwertsteuer in der aktuellen Situation für ein völlig falsches Signal“, erklärt Dirk Reinsberg, geschäftsführender Vorstand des BV GFGH. Er befürchtet: „Die Akzeptanz der Verbraucherinnen und Verbraucher könnte gegenüber der Gastronomie sinken, werden die Preise durch die wieder erhöhte Mehrwertsteuer unweigerlich ansteigen. „Wenn wir es nicht schaffen, die Gastronomie wirtschaftlich und für Gäste attraktiv zu halten, ist ein Objektsterben die logische Folge.“

#### **Pressekontakt:**

DIALOG Public Relations • Yvonne Paeßler  
Telefon: +49 (0) 421 32 88 11 36 • E-Mail: [yvonne.paessler@dialog-pr.com](mailto:yvonne.paessler@dialog-pr.com)



Auch Zulieferer und Zulieferbetriebe des Getränkefachgroßhandels, die einen wesentlichen Teil ihrer Umsätze aus der Belieferung von Restaurants, Cafés und Bars beziehen, seien betroffen. Steigende Kosten in der Gastronomie würden weniger Abverkäufe und damit reduzierte Bestellungen im Getränkefachgroßhandel nach sich ziehen. Eine entsprechende Entwicklung führe mittelfristig zu ernsthaften Herausforderungen für die Branche und bedrohe Arbeitsplätze.

„Und die Spirale würde sich schlimmstenfalls weiterdrehen“, so Reinsberg. Denn eine schwächelnde Gastronomie habe auch Auswirkungen auf die Innenstädte. Diese sind wichtige Standorte für Gastronomiebetriebe und spielen somit eine zentrale Rolle in der Belebung und Attraktivität von Innenstädten. Wenn jedoch aufgrund höherer Preise und geringerer Nachfrage Gastronomiebetriebe schließen oder weniger frequentiert werden, könnten Innenstädte an Vitalität und Anziehungskraft verlieren. Dies schlage in negativem Maße auf Einzelhändler, Immobilienbesitzer und die gesamte Wirtschaft in den Stadtzentren durch. „Zwar sind die Folgen sicherlich nicht unmittelbar nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu spüren und ganz sicher auch nicht allein auf diese zurückzuführen“, betont Reinsberg, „wir fordern aber ein gewisses Maß an Sensibilität im Umgang mit einer Erhöhung und einen ganzheitlichen Blick der Politik auf dieses Thema.“

Angesichts der weitreichenden Effekte, die diese geplante Mehrwertsteuererhöhung auf die Gastronomie und die mit ihr verbundenen Branchen haben könnte, fordert der BV GFGH die Bundesregierung nachdrücklich auf, alternative Lösungen zu prüfen, um die Branche zu unterstützen, ohne die gesamte Wirtschaftsstruktur zu gefährden.